

III/7 P o l i t i k  
=====

Hannover, 16.1.48

Alarmstimmung  
=====

P.R. Um Berlin ist ein Nervenkrieg entbrannt; die Ernährungslage in Nordrhein-Westfalen hat sich zur Hungersnot gesteigert, ein kommunistischer Plan sieht die Vorbereitung einer grossangelegten Streikaktion in Westdeutschland vor; das amerikanische Luftwaffenbudget soll in den nächsten beiden Jahren auf zehn Milliarden Dollar erhöht werden; die USA-Regierung hat die Absicht, einen grossen Flugplatz in der Nähe von Tripolis neu zu eröffnen. Alle diese Nachrichten stammen aus einer Zeitungsnummer. Es ist kein Wunder, dass die Fülle dieser alarmierenden Meldungen auch den besonnensten Menschen in Unruhe stürzt.

Es ist auch kein Wunder, dass angesichts solcher Tatsachen das Interesse an Ereignissen wie der Frankfurter Tagung in der breiten Öffentlichkeit in krassem Missverhältnis zu dem publizistischen Aufwand steht, den man damit getrieben hat. Die Leute kümmern sich einfach um so etwas nicht mehr, diese Dinge sind ihnen gleichgültig, weil viel zu entfernt und kompliziert. Ankündigungen und Zusagen unter dem Stichwort "Neuer hoffnungsvoller Anfang" haben jeden Wert verloren. Ein englischer Freund der jetzt zum vierten Male während der vergangenen zweidreiviertel Jahre in Deutschland war, gestand erschüttert: "Es sieht ja immer trostloser aus. Man macht sich einfach etwas vor, wenn man behauptet, es würde besser." Und wer ist schuld?, fragen die Menschen verzweifelt. Beide - Besatzungsmacht und deutsche Stellen muss man antworten.

Die Besatzungsmächte haben nicht genügend scharf oder zumindest zu spät erkannt, dass die Grösse des Niederbruchs, in den sie selbst oder doch ihre lebenswichtigen Interessen hineingezogen zu werden drohen, etwas ganz anderes verlangt als eine Politik, die zwar den gänzlich geschlagenen und am Rande des Abgrund stehenden Gegner des Existenzminimum verspricht (ohne es ihm/zu geben), sonst aber so gut wie nichts tut, das Deutsche

*Annahme*

Volk aus dem Zustand des Almosenempfängers in den des Arbeiters zu erheben, der sich selbst als sinnvolles Glied einem sinnvollen Ganzen eingeordnet sieht. Dem Almosenempfänger aber erinnert man fortgesetzt an die erwiesene Wohltat, setzt ihn unter moralischen Druck und wundert sich, dass er mit diesem Zustand unzufrieden ist.

Auf der anderen Seite sind die Fehler und Unzulänglichkeiten deutscher Stellen immer offenkundiger geworden. Die krassste Erscheinung ist hier ihre nachgewiesene Unfähigkeit, sich in der Frage der Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durchzusetzen. Diese Angelegenheit ist in letzter Zeit zu einem öffentlichen Skandal erster Ordnung geworden, durch die Grösse und Vielzahl der Verfehlungen, durch die meist grotesk zu nennende Geringfügigkeit der dafür ausgesprochenen Strafe und nicht zuletzt dadurch, dass gewisse Gruppen der politischen Rechten sich in den Ländgen gegen Gesetze wehren, die die Grundlage für eine durchgreifende Besserung dieser Zustände werden könnten. Der Riss zwischen Bauer und städtischer Bevölkerung ist so gross geworden, wie er noch nie war, der hier entstandene Spannungsverhältnis enthält bereits viele Elemente einer möglichen Explosion. Die Praxis der Besatzungsmächte und die deutschen Gesetze lassen in den Westzonen auch dem Bauer, wie jedem anderen, ein grosses Mass an persönlicher Freiheit und Sicherheit. Man wird sich aber künftig sehr vor der missbräuchlichen Berufung darauf schützen müssen. Die härtesten Strafen gegen vernachlässigte Ablieferungspflicht sind notwendig, auch Gefängnis oder Verlust des Hofes. Die Ansicht, mit so drakonischen Massnahmen erreiche man nichts, ist falsch, man sollte nur einmal damit beginnen.

Die westlichen Besatzungsmächte stehen in einem scharfen geistigen und machtpolitischen Konkurrenzkampf mit der Sowjetunion. Es kann für sie nicht unwichtig sein, ob die deutsche Bevölkerung ihrer Zonen zu ihnen oder zur sowjetischen Methode mehr Vertrauen hat. Bis jetzt wird die gewisse arg suspekten und wenig imponierende Demokratie in den Westzonen immer noch um einige Punkte höher bewertet als ihr östliches Gegenstück. Aber viele zusätzliche Belastungen verträgt sie nicht mehr, wenn dieses Verhältnis sich nicht grundlegend ändern soll. Man kann sich nicht denken, welche noch stärker alarmierenden Ereignisse man abwarten will, ehe man zu wirklich schnellwirkenden und grosszügigen Massnahmen greift, die geeignet sein könnten, den augenblicklichen zermürbenden Zustand dauernder Alarmstimmung und Nervenanspannung zu beenden. Solche Massnahmen wären, um nur die wichtigsten zu nennen, eine intensive und systematische Produktionssteigerung durch Beendigung der Demontage, umfassende Rohstoffkredite und Entlassung der Kriegsgefangenen, eine durchgreifende Beseitigung der Hindernisse im Aussenhandel und eine zusammen mit diesen neuen Impulsen durchgeführte Währungsreform, die mit einem vernünftigen allgemeinen Lastenausgleich verbunden ist.

### Molotow und die Kriegsgefangenen

Als im vorigen Jahr der Parteivorstand der SPD die Aktion "Kriegsgefangenenhilfe" startete, mit dem Ziel, den Versuch zu machen, die näherungsweise richtige Anzahl der Kriegsgefangenen und Vermissten im Osten zu ermitteln, wunderten wir uns nicht, dass die SED/KPD und verwandte Kreise eine Flut von Schwähungen als Antwort über uns ergossen. Wir waren uns bewusst, dass wir ein besonders heisses Eisen angefasst hatten. Allerdings glaubten wir, dass eine Klärung dieser traurigen Angelegenheit im Interesse aller Deutschen läge.

Nachdem die vielen Zuschriften in mühevoller Arbeit gesichtet waren und sich so immer mehr das Bild der Kriegsgefangenen, Vermissten und Verschleppten im Osten klärte, wurden die bisher ermittelten Zahlen der Öffentlichkeit übergeben. Sie besagen, dass sich bisher rund 800 000 Kriegsgefangene bei ihren Angehörigen gemeldet haben, dass rund eineinhalb Millionen vermisst werden, dass noch immer einige Tausend Frauen, Mädchen und Kinder, die beim Einmarsch verschleppt wurden, nicht zurückgekehrt sind. Dazu kommen etwa 10 000 seit dem Zusammenbruch Verhaftete und zur Zwangsarbeit abtransportierte.

Diese Zahlen rufen die SED erneut auf den Plan und man schreibt frohlockend: "Seht, die SED muss es nun selber zugeben: in Russland sind nur noch 800 000 Kriegsgefangene, so wie es Molotow sagte!"

Wie einfach machen sie es sich doch, wenn es ihnen nur in den Kragen passt! Wir sind die Letzten, die Menschen gleich Zahlen setzen; im Gegenteil: weil uns jeder einzelne Gefangene, Versklavte eben ein Mensch bedeutet, setzen wir uns für ihn ein!

Wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Gut: 800 000 Angehörige teilten der "Kriegsgefangenenhilfe" mit, dass sie Nachricht haben. Wieviele Angehörige aus der Ostzone fanden aber nicht den Mut, an uns zu schreiben, weil ihnen schon solch eine Verbindung mit den Sozialdemokraten gefährlich erschien. Wir haben auf die abenteuerlichste Weise Briefe und Zettel aus der Ostzone erhalten. Diese leider nicht bekanntgewordene Anzahl von Kriegsgefangenen existiert aber und ist als Unbekannte X den 800 000 zuzurechnen.

Andererseits liegen bei der "Suchdienst" in Hamburg rund 200 000 Suchkarten von deutschen Kriegsgefangenen in Russland vor. Diese haben infolge der Evakuierungen im Osten Deutschlands vorerst noch keine Verbindung mit ihren Angehörigen. Sie leben aber und zwar als weitere 200 000 Kriegsgefangene in Russland.

Durch viele Aussagen von Heimkehrern wissen wir, wie schlecht es in manchen Lagern, besonders auf einsamen Aussen-Kommandos, mit der Versorgung von Karten ist. Häufig wird die Schreiberlaubnis von der Erfüllung des Durchweg viel zu hohen Arbeitspensums abhängig gemacht. Wir glauben auch, dass in gewissen Lagern Sibiriens die Kriegsgefangenen aus bestimmten Gründen überhaupt nicht schreiben dürfen. So ergibt sich für jeden, der die Wahrheit finden will, eine Zahl von noch lebenden Kriegsgefangenen in Russland, die weit über den bisher genannten 800 000 Mann liegt.

Es gehört schon sehr viel dazu, wenn über dieses dunkle Kapitel von gewissen Kreisen in einem leicht ironischen Ton geschrieben wird. Was soll man z.B. dazu sagen, wenn dort behauptet wird: Die Heimkehrer würden in Frankfurt/Oder gut eingekleidet, könnten baden und sich rasieren. Allerdings könnte man dann einige Tage später dieselben Männer in zerfetzten Lumpen sehen, die sie sich besorgt hätten, um so in den westlichen Sektoren Berlins und in der Westzone eher Mitleid zu erwecken! Nächstens erzählt man uns noch, die Heimkehrer aus Russland besorgten sich schnellstens Hungerödem, Lungen- und Herzleiden, Wasserköpfe und aufgeschwemmte Bäuche - damit sie nicht arbeiten brauchen.

Wir wollen und können auch nicht schweigen, solange verschleppte Deutsche Frauen in Bergwerken Sklavenerbeit unter den schlechtesten Bedingungen verrichten müssen. Es ist für uns als Sozialisten eine Pflicht, die uns keine Ruhe läßt: einzutreten mit allen möglichen Mitteln für alle, die unterdrückt und verklagt werden. Dazu gehören die Kriegsgefangenen und zuerst alle, die unter besonders schweren Bedingungen in Russland waren.

Wir wissen, dass dort durch Hunger, Kälte und Seuchen ein furchtbar hoher Prozentsatz umgekommen ist. Wir wollen aber nicht glauben (und obige Zahlen geben uns recht), dass von den Millionen deutscher Kriegsgefangenen nur noch 800 000 leben sollen.

Unsere Forderung an Russland ist die gleiche, wie an alle anderen Gewahrsamsmächte: schickt in diesem Jahr alle Kriegsgefangenen nach Deutschland zurück. Gebt sie restlos frei im Namen der Menschlichkeit, in deren Zeichen ihr den Krieg gegen Nazi-Deutschland geführt habt!

#### -----

### Die Gerüchte um das Balkan-Imperium

#### -----

In den letzten Wochen und Tagen ist jenseits des "Eisernen Vorhangs" eine rege politische Aktivität entfaltet worden. Neuerdings wird der Besuch des bulgarischen Ministerpräsidenten Dimitroff in Bukarest und die Ankunft einer Abordnung des polnischen Kabinetts in Moskau gemeldet, nachdem vorher eingehende Beratungen zwischen Marshall Tito mit Dimitroff und Peru Croza sowie mit dem albanischen Ministerpräsidenten Enver Hoxha stattgefunden haben.

All diese Besuche und Besprechungen dürften im Zusammenhang mit dem Plan der Sowjetunion stehen, einen Balkan- bzw. osteuropäischen Staatenbund nach dem Muster der Sowjetunion zu schaffen. Dieser Plan ist nicht neu und auch nicht originell. Um seine Verwirklichung bemühte sich das Osmanische Reich ebenso wie die Habsburger Monarchie. Während jedoch alle früheren Bemühungen scheiterten, glaubt man in Moskau jetzt den Augenblick für gekommen, das Projekt eines osteuropäischen Staatenbundes verwirklichen zu können, der sich von der Ostsee bis zum Ägäischen Meer erstrecken würde.

Die Voraussetzungen für die Durchführung dieses gewaltigen Planes sind zweifellos bereits weitgehend gegeben. Militärisch besteht faktisch bereits ein Block von Stettin bis Triest, und auch die Außenpolitik der osteuropäischen Länder als Befehlsempfänger Moskaus ist jetzt schon gleich

geschaltet. Wirtschaftlich aber ist durch den Abschluss gegenseitiger Verträge ebenfalls schon eine starke Angleichung erfolgt, doch würde sich hier die Blockbildung erst völlig herstellen lassen, wenn in allen Ländern die Rubel-Währung eingeführt würde.

Den Kern des neuen Staatengebildes auf kommunistischer Grundlage dürfte Jugoslawien bilden, dessen Verfassung sich eng an die sowjetische Vorbild hält. Marshall Tito dürfte auch zusehen sein, die Rolle des Generalissimus zu übernehmen, während Dimitroff für die Leitung der Außenpolitik in Frage kommt. Um Jugoslawien als Magnet gruppieren sich jetzt schon Bulgarien, Rumänien, Albanien und Ungarn, während die Tschechoslowakei in Zukunft das Waffenarsenal und Polen das "Ruhrgelände" des osteuropäischen Staatenbundes bilden dürfte. Später hofft die Sowjetunion sicherlich auch Griechenland und die Türkei in den osteuropäischen Staatenbund einzubeziehen - aber man weiss in Moskau nur zu gut, dass es sich hier um reine Zukunftspläne handelt, da ihre jetzige Verwirklichung zwangsläufig zum Konflikt mit den Vereinigten Staaten und England führen würde. Aber selbst ohne Griechenland und die Türkei würde ein osteuropäischer Staatenbund das europäische Gleichgewicht radikal verändern. Ein Balkanbund würde bereits einen starken und beachtenswerten Machtblock bilden, der sich von den Karpaten bis zum Mitteländischen Meer erstrecken würde. "Eine osteuropäische Union aber würde", wie die "New York Times" dieser Tage schrieb, "über hundert Millionen hart arbeitender Menschen zusammenkitten und so den bedeutendsten Block im nichtrussischen Europa schaffen. Am Ende aber würde ein solcher Block, wenn er sich an die Sowjetunion anschliessen sollte, die wirkliche (nicht die politische) Grenze der Sowjetunion bis mitten ins Herz Europas vortreiben." (b/B65/161/2/he)

#### Ein polnischer Verordnungsminister gestorben

I.B. Warschau, Anfang Januar. - In Krakau starb vor kurzem Dr. Rajmund Bulawski, vor dem Kriege höherer wissenschaftlicher Beamter des Statistischen Hauptamtes in Warschau, seit 1945 Direktor einer wissenschaftlichen Untersuchungs- und Planungskommission für die ehemals deutschen Gebiete. Auf deutschen Hochschulen ausgebildet und mit deutscher Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik genau vertraut, konnte er von dieser Stellung aus den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieser Gebiete in bemerkenswertem Masse mit seinen Ideen durchbringen. So sorgte er dafür, dass in den Gebieten an der Oder nicht ausschliesslich Kleinsiedler angesetzt wurden, sondern überzeugte die Warschauer Regierung von der Notwendigkeit, dort einen lebensfähigen landwirtschaftlichen Mittelbesitz zu schaffen. Auch die Einführung von Genossenschaftstypen, die nichts mit russischen Kolchosen, aber viel mit deutschen Schulze-Delitzsch- und Raiffeisen-Verbänden gemeinsam haben, ging hauptsächlich auf ihn zurück. Für die aus den Gebieten östlich der Oder vertriebene landwirtschaftliche deutsche Bevölkerung rechnete er neue Ansiedlungs- und Arbeitsmöglichkeiten in Restdeutschland aus. Seine Arbeiten hierüber,

18. Januar 1948

hierüber, teilweise auch englisch erschienen, galten nicht etwa nur der Propaganda für den Bestand der neuen Grenze, sondern der demnigen Aufgabe, neue polnisch-deutsche Ausgleichs- und Kooperationsmöglichkeiten zu finden.

Mit dieser sachlichen Einstellung war Dr. Ryjman Bulawski unter den heutigen polnischen Politikern begrifflicherweise recht vereinzelt.

#### Die neue Entnazifizierungsmethode

-r. Als erstes Land der britischen Zone hat die sozialdemokratische Regierung Schleswig-Holsteins das Entnazifizierungsverfahren neu geregelt. Am 1. Februar wurden die neugebildeten Entnazifizierungsausschüsse ihre Tätigkeit beginnen. In einer "Verordnung über das Verfahren bei der Entnazifizierung" ist vor allem die Öffentlichkeit des Entnazifizierungsverfahrens festgelegt worden, die nach rechtsstaatlichen Prinzipien durchzuführen ist. Öffentliche Kläger - mit der Aufgabe, wie sie in Strafprozessen die Staatsanwälte haben - sind eingesetzt worden, die die Verantwortlichen und Schuldigen festzustellen, die Verfahren einzuleiten und die Urteile zu führen haben. Die Rechtsmittel der Beschwerde und der Berufung sind gegeben. Die Landesregierung Schleswig-Holsteins ging dabei von der Absicht aus, "die Entnazifizierung schnell, gewissenhaft, gerecht und den demokratischen Erfordernissen des Staates und der Bevölkerung entsprechend zum Abschluss zu bringen." Die Öffentlichkeit des Verfahrens soll die saubere und gerechte Sühne für nationalsozialistische Unmenschlichkeit und Willkür gewährleisten. Bisher durchgeführte Verfahren werden als endgültig betrachtet, sofern nicht neue Momente die Wiederaufnahme rechtfertigen. Für die Sozialdemokratie bleibt der Sinn der Entnazifizierung, nicht Gesinnung zu bestrafen, sondern Unmenschlichkeiten zu sühnen und besonders die Jugend vor neuer Opfern und Kriegsverbrechen zu schützen. (b/B48/151/2/he)

#### Umsiedlung von Flüchtlingen

-r. Wenn auch ohne eine Rückgliederung der ostdeutschen Gebiete eine geordnete Lösung der Flüchtlingsfrage nicht möglich ist, so muss doch versucht werden, in den einzelnen Ländern die Flüchtlinge sinngemäß an- und anzusiedeln. Die meisten Flüchtlinge sind dort geblieben, wohin sie zufällig verschlagen wurden. Städter kamen aufs Land und Landbewohner vielfach in die Städte. Wohnungsverteilung und planvolle Ansiedlung sind nicht durchzuführen, wenn nicht bald, zunächst innerhalb der einzelnen Länder, eine sinnvolle Bevölkerungsumsetzung erfolgt. Ziel solcher Maßnahmen muss es sein, die Flüchtlinge so einzurichten, dass sie der übrigen Bevölkerung wirtschaftlich gleichgestellt sind. Die Flüchtlings-Gesetze von Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben hierfür auf der sozialdemokratischen Initiative hin die ersten Voraussetzungen geschaffen. Die Flüchtlinge sind dabei nicht nur Objekt der Gesetzgebung, sondern in Wege der Selbsthilfe und durch Zusammenarbeit mit den Landesbehörden eingeschaltet. Persönliche Rücksichten etwa darauf, dass einzelne Flüchtlinge, die in den Städten für Wiederaufbauarbeiten gebraucht werden, weiterhin aus Ernährungsgründen auf dem Lande bleiben wollen, dürfen keine Rolle spielen. Die SPD wird in den Parlamenten und in den Regierungen dafür sorgen, dass jede Willkür vermieden wird. Die SPD wird ebenso dafür sorgen, dass die Flüchtlinge gleichberechtigte Staatsbürger werden und dort dauerhafte Arbeitsplätze finden, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. (b/B48/2/he)

Verantwortlich: Peter Bannan